



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 28.10.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 02. November 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. GENEHMIGUNG DER NIEDERSCHRIFT

NEUE ANTRÄGE

2. 10-F-02-0034

Neuer elektronischer Personalausweis (nPA)

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Umsetzung der bundesgesetzlich vorgeschriebenen Einführung des neuen elektronischen Personalausweises, der fakultativ mit einer ID-Funktion ausgestattet werden kann, zu berichten.

Auf folgende Aspekte ist besonders einzugehen:

- + Welche Neuerungen gibt es bei Bearbeitungsschritten und -zeiten?
- + Wie stellt sich der Mehraufwand für die Stadt (Personalbedarf, Anpassung der EDV-Ausstattung) dar?
- + Inwieweit wird dieser Mehraufwand durch den Bund, der die Maßnahme veranlasst hat, gedeckt?

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

- + Welche Online-Angebote sind für diejenigen Ausweisinhaber, die sich für die ID-Funktion entscheiden, städtischerseits vorgesehen?

3. 10-F-01-0089

Integration braucht Integrationsbereitschaft
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Wiesbaden ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Mehr als 30 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger haben einen Migrationshintergrund. Damit ist Wiesbaden bunt - eine Stadt, in der Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen friedlich zusammenleben.

Als erste Großstadt hat Wiesbaden einen Ausländerbeirat eingerichtet, mit der von allen großen Fraktionen im Stadtparlament getragenen Integrationsvereinbarung hat die Stadtgesellschaft Regeln für Integration und Zusammenleben aufgestellt, die sich bisher hervorragend bewährt haben.

Medienberichten zufolge soll sich aber hinter einem anerkannten Partner der Stadt, dem Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V. in Biebrich eine rechtsextremistische türkische Organisation, die „Grauen Wölfe“ verbergen. Diese Berichte sind ernst zu nehmen und sachlich aufzuklären.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Erkenntnisse ihm über eine mögliche Beteiligung der „Grauen Wölfe“ am Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V. vorliegen und wie sich eine solche Beteiligung auf die Förderbarkeit des Vereins auswirken würde.

4. 10-F-05-0005

Einsicht in die Strukturen von Vereinen / Vereinigungen, die städtische Mittel mit dem Zweck der Integrationsförderung erhalten
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.10.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

auf welche Art und Weise Vereine und Vereinigungen, die zum Zweck der Integrationsförderung städtische Mittel erhalten, der Stadt Einblick in ihre Strukturen gewähren. Von besonderem Interesse wäre hierbei, ob bzw. wie Einsicht in die Vermögensverhältnisse (z.B. durch die Vorlage von Kontoauszügen mit Belegen über den Zu- und Abfluss von finanziellen Mitteln) gewährt wird.

Auch wird gebeten zu berichten, ob von Seiten der Stadt Einsicht in Protokolle von Mitgliederversammlungen verlangt und wenn ja, ob diese gewährt wird.

Des Weiteren wird angeregt, städtische Mittel zur Integrationsförderung nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn von Seiten der Vereine/Vereinigungen sichergestellt ist, dass der Wunsch nach Offenheit und Kooperation gegenseitig ist.

5. 10-F-01-0090

Auftritt des Predigers Abu Hamza am 9. Oktober 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Am 9. Oktober 2010 ist der muslimische Prediger Abu Hamza (bürgerlicher Name Pierre Vogel) laut Medienberichten in den Reisinger-Anlagen vor rund 400 Zuhörern öffentlich aufgetreten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wer der offizielle Veranstalter dieser Kundgebung gewesen ist und ob diese Veranstaltung ordnungsgemäß angemeldet war.

Gleichfalls wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob er Erkenntnisse von den Inhalten des Vortrags von Abu Hamza hat, die über die Presseberichterstattung hinausgehen.

6. 10-F-02-0035

Lebenssituation älterer Migranten
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 -

Das Amt für Strategische Steuerung, Wahlen und Statistik hat eine Untersuchung zur Lebenssituation älterer Migranten in Wiesbaden durchgeführt und 2008 veröffentlicht. Die Ergebnisse haben in Gestalt spezieller Angebote im Gesundheits- und Pflegebereich, z.B. mehrsprachiges Personal in Altenpflegeeinrichtungen oder das Projekt "Migrant-friendly hospital" der HSK, bereits Eingang in die Integrationsarbeit gefunden.

Laut Integrationsbericht 2009 (S. 58) soll die Erörterung weiterer Konsequenzen für die Arbeit mit diesem Personenkreis auf das Forschungsprojekt "Ältere Migranten im Quartier" (Hochschule Rhein-Main und FH Fulda) ausgedehnt werden. Ergebnisse dieses Projekts sind für Ende 2010 angekündigt.

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse der Studie "Ältere Migranten im Quartier" im Ausschuss vorzustellen und hinsichtlich möglicher Anknüpfungspunkte für Wiesbaden aufzubereiten.

ÜBERWEISUNGSBESCHLÜSSE DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

7. 10-F-07-0026

ANLAGE

Soziale Probleme am Schlachthof
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 -

8. 10-F-29-0001

ANLAGE

Humanitäre Sprechstunde
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

ANTRÄGE MIT VORLAUF

- | | | |
|------------|--|---------------|
| 9. | 10-F-02-0011 | ANLAGE |
| | Hochwassereinsatz in Görlitz
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 - | |
| 10. | 10-A-21-0002 | ANLAGE |
| | Konkrete Schritte hin zur Städtepartnerschaft mit Fatih
- Antrag des Ausländerbeirates - | |
| 11. | 10-A-21-0003 | ANLAGE |
| | PIWi auf der www.wiesbaden.de -Seite | |
| 12. | 09-F-01-0097 | ANLAGE |
| | Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 - | |
| 13. | 10-F-25-0066 | ANLAGE |
| | Präventionsarbeit in Wiesbaden
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.06.2010 - | |
| 14. | 10-A-21-0001 | |
| | Wiesbadener Integrationsgespräche | |
| 15. | 10-F-02-0010 | ANLAGE |
| | Sicherheit bei Großveranstaltungen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 - | |
| 16. | 10-F-25-0040 | ANLAGE |
| | DeutschSommer
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2010 - | |

17. BERICHT DER DEZERNENTIN

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

18. 10-V-33-0006

DL 34/10-8

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben 2011

19. 10-V-30-0017

DL 32/10-1

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Kloppenheim/Heßloch)

20. VERSCHIEDENES

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schickel
Stellv. Vorsitzender